

Görlswahl

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustriren Beilage die „Neue Welt“.

Nr. 251.

Freitag, den 25. October 1895.

VI. Jahrgang.

Auch ein Stück Wirtschaftsrevolution.

B. G. Auch unsere Deutsch-Freisinnigen, die ehemaligen Fortschrittsler, sind, sie mögen es wollen oder nicht, mögen es wissen oder keine blasse Füze davon haben: Revolutionäre, — freilich — das fügen wir zu ihrer eigenen Verübung bereitwillig hinzu — Revolutionäre in Schlesien und Posen und mit hoher obrigkeitslicher Erlaubnis.

Die Genossenschaftsbewegung in Deutschland — so wenigstens, wie sie sich jetzt darstellt — ist ihr Werk. Sie nennen sich als Erster vertreten „Ihren Schulze.“ Über bei der bekannten Vergleichlichkeit unserer Freien Freisinnigen ist es jedenfalls gut, wovon wir ne daran erinnern: Der Patrimonialrichter Schulze aus Delitzsch hat die Genossenschaften von den Socialisten der vierziger Jahre übernommen. Er hatte etwas vom Schöpfer der englischen Genossenschaften, dem Socialisten Robert Owen, läuten hören, hatte Ende der vierziger Jahre in Berlin Communitäten-Versammlungen teilgenommen, bei denen über die Gründung socialistischer Genossenschaften Vorträge gehalten und debattiert wurde; er hatte im Jahre 1848 und 1849 solche socialistische Genossenschaften in Deutschland wie Pilze aus der Erde hervorschüpfen sehen und war von dieser sozialistischen Idee ganz begeistert, im selben Jahre 1849 mit seiner Kaufsgenossenschaft für Arbeitsmaterial von Handwerkern in seinem Krähwinkel-Delitzsch mutig vorgegangen.

Seit jener Zeit qualen sich unsere Freisinnigen damit ab, die deutsche Genossenschaftsbewegung für ihre kapitalistisch-politischen Zwecke auszunutzen und den sozialistischen Ursprung dieser Bewegung verlassen zu machen. Leider durchaus nicht ohne Erfolg. Wer denkt in Deutschland noch daran, daß unsere deutschen Genossenschaften dem sozialistischen Ideenkreise ihre Entstehung verdanken und nur aus ihnen hervorgehen konnten, und wer weiß es nicht von denen, die die politische Geschichte des letzten Menschenalters kennen, daß unsere später endlosen Sterben liegende Freisinnige Partei längst schon noch viel älter als sie ist, wenn sie nicht mit Hilfe der Lebenselixire, die sie sich aus dem sozialistischen Volkssozialismus angereignet hat, dem Genossenschafts- und Gewerbeleben — ihr kümmerliches Dasein weiter fristete.

Die ungeheure Lebendkraft sozialistischer Ideen bewirkt aller freisinnigen Verbalhormungen und kapitalistischen Hemmungen zum Tode in der Freiheit der

deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften treiflich zu Tage.

Schon im ersten Vierteljahrhundert ihres Bestehens waren sie, auch ungeteilt aller bihördlichen Unannehmbarkeit, auf die Zahl von etwa 3000 gewachsen. Seitdem, also in weiteren zwei Jahrzehnten, hat sich diese Zahl weit mehr als verdreifacht. Im Jahre 1876 gab es 3080 Genossenschaften; 1884 waren es 3822; 1892, also in acht Jahren, war die Zahl der Genossenschaften auf 8418 eingestiegen, 1893 auf 8911, 1894 auf 9934, und im Jahre 1895 bestehen nicht weniger als 11.141 Genossenschaften.

Unter diesen befinden sich nach dem neuesten Jahresbericht über die auf Selbsthilfe gegründeten deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften:

		Darunter		
	mit unbefristetem Geschäftsjahr	mit befristetem Geschäftsjahr	mit unbefristetem Geschäftsjahr	eingetragene Genossenschaften
6417 Creditgenossenschaften . . .	5906	363	26	122
1412 Consumvereine	440	850	7	115
124 Baugenossenschaften . . .	15	108	—	1
61 gewerbl. Rohstoffgenossenschaften . . .	37	13	—	11
1067 landwirthschaftl. Rohstoffgenossenschaften . . .	790	152	2	123
17 gewerbl. Wertgenossenschaften . . .	13	3	1	—
240 landwirthschaftl. Wertgenossenschaften . . .	44	23	—	173
57 gewerbliche Magazinogenossenschaften . . .	34	14	1	8
4*) landwirthschaftl. Magazinogenossenschaften . . .	3	—	—	1
124 gewerbliche Produktionsgenossenschaften . . .	45	73	2	4
1458 landwirthschaftliche Produktionsgenossenschaften . . .	1063	265	53	77
160 Versicherungs- u. sonstige Genossenschaften . . .	59	94	4	3

Unter den 6417 Creditgenossenschaften befinden sich rund 3800 Raiffeisen'sche Darlehnskassen.

Der neueste „Jahresbericht“ enthält die Statistik von 1047 Creditgenossenschaften Schulze-Delitzschen Systems mit 609,723 Mitgliedern, 120,512 467 Mark Geschäftsguthaben, 35,168,231 Mark Reserven und

*) Die Zahl der landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaften beträgt etwa 120.

457,734,531 Mark fremden Geldern, 614,129,083 Mark am Jahresende ausstehenden Credits.

Die Gesamtsumme der von diesen Genossenschaften im Laufe des Jahres gewährten Credits betrug 1.550,012,619 Mark. Der Geschäftsrückstand ergab 21,832,020 Mark, bei einem Betriebskapital von 613,415,229 Mark; dies ergibt eine Verzinsung von 5,19 Prozent.

Für die Ende 1894 in den Betrieben bestehenden fremden Gelder wurden im Durchschnitt 3,47 Prozent bezahlt; auch in diesem Jahre ist der durchschnittliche Zinsfuß für die fremden Gelder wieder gesunken und dementsprechend ermäßigt sich der von den Mitgliedern erhobene Zinsfuß.

An Reingewinn wurden bei den 1047 Creditgenossenschaften 9.487,700 Mark erzielt, davon wurden den Reserven 2,445,848 Mark überwiesen, 6.612,669 Mark als Dividende verteilt, 78,268 Mark zu Volksbildung- und gemeindlichen Zwecken verwendet.

Von den 1412 Co-sum-Vereinen sind an der Statistik des Jahresberichts beteiligt 417 Consumevereine mit 268,380 Mitgliedern, 6,617,732 Mark Geschäftsguthaben, 3,044,616 Mark Reserven, 77,669,145 Mark Verkaufserlöse, 7,506,921 Mark Reingewinn.

Über die Verteilung nach Berufsarten haben 355 Consumevereine mit 224,281 Mitgliedern berichtet, von diesen entfielen 45,1 Prozent auf Arbeitet, 7,7 Prozent auf niedere Beamte; nächst den Arbeitern sind am stärksten mit 13,1 Prozent beteiligt die Handwerker.

Wie den jetztgenannten Zahlen geht hervor, daß weder die Handwerker im Allgemeinen Erfache haben, die Genossenschaftsbewegung als ihren wirtschaftlich schädlich zu bekämpfen, noch daß die Arbeiter im Allgemeinen und wir Socialdemokraten insbesondere, die Fortschritte und das deutsche Genossenschaftswesen so ganz und gar unbeachtet lassen dürfen. Die Genossenschaften sind nicht nur aus dem Geiste des Socialismus geboren, sondern sie rütteln auch ganz beträchtlichen Theilen des Volkes und machen sie für unsere politischen, ebenso wie für unsere wirtschaftlichen Rämpfe wirksam & tätig und widerstandsfähiger. Wer das bezweifeln sollte, kann sich bei den vielen laufenden Arbeitern und Socialdemokraten erkundigen, die Mitglieder des Breslauer Consumevereins sind.

Die so ausgezeichnete gedeihenden Genossenschaften sollten aber jetzt wenigstens genötigt werden, ihrem Ursprung keine Schande zu machen und von ihrem

Streich.

Roman aus dem gegenwärtigen Klassenkampfe.
Von Ludwig Eisenheim.

Rechtsreden verboten.

Peter Klaus stellte und begründete den Antrag, daß über Clemper's Fabrik der Streik verhängt werde und aus der Vereinsklasse die Streikenden unterstützt würden. „Da werden sie weit kommen!“ dachte Trout, stimmte jedoch für den Antrag, welcher einstimmig angenommen wurde.

Nun meldete sich sofort Klobinger zum Wort. Er führte in seiner brutalen Weise aus: „Wenn nun schon gestrichen werden soll, müsse auch ein Streicomitee gewählt werden und zwar Männer, welche den nächsten Muth besitzen, um die Sache schreidig und rasch durchzuführen. Nicht Solche, welche bloß in den Versammlungen herumstreifen, aber wann es darauf ankamme, sich erst hinanzagen und dann vom Fabrikanten abhängen lassen!“ Max unterbrach ihn. Viele riefen: „Wer hat sich abschrecken lassen!“ „Kamen zu uns!“

„Sie merken's schon erfahren!“ lächelte Klobinger. „Ich merke Euch nur davon, einem Kunden das Vertrauen zu schenken, welches Euch vertratet und verkauft!“ Diese Verständigung machte die Vereinsmitglieder froh. Wolfseder wurde freudeleich und Trout lachte

sich verschmitzt in den Bart. Klobinger hatte die beabsichtigte Pointe scharf und glatt wiedergegeben.

Die Opposition bejubelte wie auf Kommando diesen Vorstoß Klobingers. Dieser wurde dadurch nur um so rücksichtloser. Reed griff er in die Funktionen des Vorständen ein und ehe dieser nur Zeit gehabt hatte, sich von seinem Erstauner zu erholen, verlangte Klobinger schon von den Versammelten Vorschläge zur Wahl eines Streicomites.

Sofort sprangen seine und Trout's Leute auf und brüllten vor Freude die Namen: „Klobinger!“ „Trout!“ und noch drei andere.

Nur mit Mühe gelang es den Vereinsmitgliedern, eine Gegendliste aufzustellen, unter welcher in erster Linie Wolfseder, Peter Klaus, Huber und Heinrich Matt standen.

Klobinger wollte auch die Abstimmung leiten, doch Wolfseder nahm nur ganz energisch seine Funktionen in die Hand und es gelang ihm mit Hilfe der Vereinsmitglieder, die Rübe herzustellen und die Wahlhandlung vorzunehmen. Das Ergebnis des ersten Wahlganges war, daß Wolfseder gewählt wurde.

„Bradamate! Es ist wie want Ihr Wolfseder wählen!“ tief Klobinger einen Leuten an seinem Tische zu, welche auf's Geatmehal bei der Wahl handlung die Hände miertrieben hatten.

Dann sprang er auf und protestierte gegen die Wahl. Er rührte unter Anonym aus:

„Ich dulde es nicht, daß jolch' ein Mensch wie der Wolfseder Karl auf jolch' einer wichtigen Posten

gewählt werde! Er ist bestochen worden von Clemper und er will Euch verkaufen! — Die Leute in seinem Hirne haben gesehen, wie ihm der Käffner Meier am Sonnabend noch spät in der Nacht Geld gebracht hat.

Sie haben das Geld klingen gehört, es muß viel gewesen sein. Der Clemper hat den Wolfseder gelaufen, daß er die Arbeiter verrathen soll und diese sind dummen genug, diesen Spitzel zu wählen. — Das Hirn sollte man solch'n dummen Kerlen einschlagen! — Der Trout hat es selber von Meier gehört, daß er dem Wolfseder fünftausend Mark gebracht hätte und einen Werkzeugposten bekommen er noch extra dazu, wenn er den Judas macht! — Die ganze Gailaffur gegeißelt war nur ein Klump' um Euch leichter fangen zu können, — und von jold' einem Burschen läßt Ihr Euch an der Käff herumführen, — schämt Euch doch!“

Was er gesagt, war seine feste Überzeugung. Es hätte noch weiter gesprochen, doch er wurde von dem ausbrechenden tumult unterbrochen. Schon die letzten Worte mußte er mit freischreitender Stimme schreien, um gegen den entstandenen gewaltigen Lärm durchzudringen.

Die Vereinsmitglieder, welche mit Recht an der Wahlheit der Klobinger'schen Käffage zweifelten, erhoben sich und wandten sich mit geballten Fäusten gegen ihn. Er war in großer Gefahr gerapt und hinausgeworfen zu werden, doch seine Radau- und Sausspanne gruppten sich als feste Spalier um ihn.

Bitterab vor Erregung stand Karl Wolfseder auf seinem Posten und seine Brüdergruppen zitterten vor

Nebenfluss reichtend die Volksbildungsgesellschaft etwas mehr vergeben. Wenn die 147 Deutschen Städte mit ihren fast 10 Millionen Einwohnern für das Reichs-Volksbildungsgesellschaften aufzutreten könnten, so haben sie noch nicht den höchsten Theil ihres Wohlwollens, so ist das höchst wenig, was bisher gesagt, und dann schließlich Lumpia. Und wie viel gibt der arme deutsche Konsumverein für Volksbildungsgesellschaften her? Bitte bitten um Antwort!

Politische Rundschau.

Die agraristische „Wegbereichsfreiheit“ ruht nimmer. In einer Artikelreihe über Fleischspeicher fordert die „Kreuzzeitung“ die Errichtung großer Kornställe, die als ein „großes Mittel“ gegen die „Not der Landwirtschaft“ bezeichnet werden. Die Kleinigkeit von 1000 Millionen Mark, die Schmöller seine Milliarde, ist dafür nötig. Das beschiedene Volk der Notleidenden fasst seine Wünsche dahin zusammen:

„Die Fleischverwaltung möge daher mit der Anlegung oder Erwerbung von „Fleischspeichern“ für etwa ein bis zwei Millionen Tonnen Roggengrundbesitz, so versteht sich dieser neue Anspruch der Agrarier. Errichtet man Kornreichspeicher, thut man so den ersten Schritt zum staatlichen Getreidehandelsmonopol, so wird diese Maßregel die Lage der Latschundienbesitzer und anderer großen Grundeigentümern verschärfen, die Aussaugung der Bauernsäme beschleunigen, die Machtstellung des capitalistischen Betriebes auf dem platten Lande festigen. Erst Reichs-speicher, dann der Antrag Körnicz... Wird die Regierung des Fürsten Hohenlohe nicht nachgeben? In Ratingen hat, wie der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet wird, am 20. October in einer Sitzung des „Bundes der Landwirthe“ der Vorsitzende von Plötz aus Berlin wiederholt erklärt, der Bund habe zur jetzigen Regierung kein Vertrauen. Die kleinen Mittel können nicht helfen; helfen könnten nur der Antrag Körnicz auf Verschärfung des Getreidehandels, eine Reform der Börsse und der Währung. Was aber dann? Vielleicht graut den Ebelsten und Besen dann doch vor den letzten Wirkungen ihrer Brotwucherpolitik...“

Von den „socialistischen“ Pastoren. In einem am 21. October in Frankfurt a. M. gehaltenen Vortrage über den sozialdemokratischen Parteitag führte Pfarrer Raumann aus, die Verwirklichung des Agrarprogramms würde ein großer Schritt zur Überführung socialistischer Ideen in die Praxis sein. Die Ablehnung werde die sozialdemokratischen Abgeordneten in heikle Situationen bringen. Raumann sprach die Hoffnung aus, der Übergang in eine mehr sozialistische Gesellschaftsform werde gelegentlich erfolgen, ohne daß eine Diktatur des Proletariats auftrete;

was ab, während er die Glocke krampthaft handhabte, um sich bei dem beobachtenden Gelehrten und Gebrüll nach den Beweisen für Klobingers Verläumdungen verständlich zu machen.

Als es ihm gelungen war, zum Vorte zu kommen, erzählte er mit vor Aufregung bebender Stimme den wirklichen Sachverhalt schildernd und einsetzend. Seine Freunde glaubten seinen Worten ohne Weiteres. Andere beharrten auf den Beweisen, welche Klobinger bringen sollte. Reiter-Paul rief:

„Klobinger muß die Beweise bringen, ich bestehe darauf! — Sonst töre ich jeder Formen und Änderungen verdächtigen, in der Hoffnung, daß doch etwas hängen bleibe!“

Klobinger berief sich auf Front und dieser auf die Richterseiten: den Richter und auf die alte Schusteria. Es kam zu keiner Klarheit und die Stimmung blieb geteilt. Man stimmte nochmals ab und wiederum, jedoch mit etwas kleinerer Majorität, da Klobinger seine Leute im Raum hielt, wurde Wolfseder gewählt. Außer ihm mit ganz geringer Mehrheit, Peter Klans, Huber und Heinrich Ratt. Von der Opposition Klobinger und Front. Diese gaben sich mit dem Erfolge zufrieden.

Unter vielen Streitigkeiten wurden die Forderungen erfüllt.

Um die Gehaltsabstufung anzuerkennen, wurde eine zehnprozentige Gehalts erhöhung verlangt und zugleich eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde vorgeschlagen. Auf Klobingers eingesetzten Antrag

würde Front und Front und die Richterseiten ebenso wie die Klobingerseiten wegen hoher Nutzlosigkeit ablehnen. Klobinger schreibt: „Heute ist jetzt noch von Herrn Raumann die Ansicht des Reichs und etlicher Gewerbeverbände aus, daß die Kosten zum Tabak steigen. Es ist sicher die Verantwortlichkeit und das Ziel zu wollen, daß keine Qualität erzielt werden, und das durch entsprechende Samen und passende entsprechende Pflanzung allgemein bessere Produkte gewonnen werden. Haben die neuen Vereinigungen auch nicht solchen Charakter und solche Einrichtungen, daß sie als Genossenschaften eingetragen werden können, so bilden sie sich aber vielleicht in einiger Zeit zu solchen Formen um. Jedenfalls sind sie für die Genossenschaftsbewegung von Interesse, weil in ihnen das Princip derselben vollständig zum Ausdruck kommt. Bei den günstigen Preisen der letzten Jahre hat sich der Tabakbau beträchtlich vermehrt und die Konkurrenz dürfte bald fühlbar werden, ein Zusammenschließen der Tabakbauern zu örtlichen Genossenschaften daher sicher seine Vortheile für die Zukunft bieten.“

Verurteilung eingelebt gegen das Urtheil des Schöffengerichts in Erfurt, das den Ersten Staatsanwalt Lorenz wegen Beleidigung des Redakteur Hülle in 50 Mark Geldstrafe nimmt, hat nicht nur der verurteilte Staatsanwalt, sondern auch der Beleidigte, genossen Hülle in Erfurt.

Arbeiterinnen-Colonien. Hochstehende Damen, an der Spitze Frau Staatsminister Brunsart von Schellendorff, haben einen Aufruf erlassen zur Sammlung von Gaben für ein Frauenheim, eine Arbeiterinnencoloni, die der erwerbslosen Arbeiterin Unterfunktion und fittlichen Halt gewähren soll. Falls das Unternehmen nicht, wie allerdings zu erwarten steht, zugleich kirchlichen Interessen dienen, soll könnte man es ja begründen. Ein größeres Verdienst aber würden sich die einflußreichen Damen erwerben, wenn sie in ihren Kreisen die Einsicht von der Notwendigkeit verbesserten Arbeiterinnenschutzes, der Coalitionsfreiheit für Frauen, weiblicher Gewerbeinspektion u. dgl. verbreiteten. Das würde weit mehr nützen, als der fromme Wohltätigkeitsport.

In Würtemberg hat der Minister von Mittnacht, dem das Eisenbahnen untersteht, an die Eisenbahnbeamten einige Mahnworte gerichtet, die auch anderswo Beherzigung verdienten. Unlänglich bei 50. Jahrestage der Eröffnung der ersten württembergischen Eisenbahnstrecke war vom Verein der Eisenbahnbeamten in Stuttgart eine Feier veranstaltet. Der Minister sagte bei dieser Gelegenheit im Verlauf einer längeren Ansprache: Wenn auch das sehr verehrte Publikum oft scharfe Klagen gegen die Eisenbahn richte, so dürfe dieselbe nicht ungehalten sein, denn jenes habe das Recht zum Urtheil, und man solle nicht vergessen, daß es noch keine Beamtenunfehlbarkeit gebe; man lerne wohl am meisten von denen, für die die Bahnen gebaut wurden. Die Verwaltung soll für Belehrung zugänglich sein, denn ihr Wirken werde doch auch anerkannt.

Aus Bayern wird gemeldet, daß ein besonders eifriger Staatsanwalt sich die Mühe gemacht hat, die demokratische „Münchener freie Presse“ und die sozialdemokratische „Münchener Post“ zu verfolgen,

überwachende Commissär bedekte sein Haupt und erklärte, ohne daß ihn die weiter entfernten hätten vernehmen können, die Versammlung für aufgelöst und verlangte, daß das Local sofort geräumt werde.

Klobinger schrie, er wolle erst sein Bier austrinken und seine Gesellschaft brüllen dasselbe. Er wurde deshalb notirt, was ihn nur noch wütender machte.

Da kam Gendarmerie, welche in der Nähe postiert gewesen sein möchte, und trieb die Widerstreitenden nach der Thüre zu, wo Front und seine Anhänger ganz besonders krafthaben. Je größer die Hände der Polizisten zugriffen, um so mehr stieg die Erbitterung.

Karl Wolfseder, welcher bereits an der Thüre war, stieg auf einen Stuhl, um die Anwesenden zur Ruhe und Besonnenheit und zum Verlassen des Locales zu ermahnen. Doch kaum, daß es ihm gelungen war, in dem allgemeinen Zorn wabohu sich verständlich zu machen, so packte ihn eine brutale Polizeiattacke, riß ihn vom Stuhle herunter und schob ihn unter Stößen und Pausen zur Thüre hinaus.

Die Anhänger Wolfseders entfernten sich nun rasch, Front mit seinem Gefolge ging ebenfalls und als Klobinger sah, daß sein treues Häuslein immer kleiner wurde, machte auch er sich eilig aus dem Staube.

Auf der Straße hatte Wolfseder und Kranz sich postiert, um mit den Comiteemitgliedern Rücksprache wegen der nächsten Zusammenkunft zu halten, die Zeit zu bestimmen, wann dem Commerzienrat die Forderungen vorgelegt werden, und den Redner, welcher sie beginnen sollte.

(Fortsetzung folgt)

hin wurde noch gefordert, daß zwei ungeliebte Werftführer, Despont und Grumpe, entlassen werden sollten. Front lächelte über diesen Besluß beschiedigt in den Bart.

Heinrich Rattl sagte vor, die Bestimmung mit anzunehmen, daß Wolfseder wieder eingestellt und kein Arbeiter wegen seiner Teilnahme am Streik genahmungsrecht habe. Klobinger widerrief sich dem ersten Theil dieses Antrages; er wollte den „Judas und Seelenverlorenen Wolfseder“ nicht wieder in der Fabrik sehen. Darüber großes Lärm bei Karls Freunden. Schließlich wurde jedoch der Antrag Rattl angenommen.

Am wäre die Versammlung mit Rattl und Roth einig geworden und die Tagessordnung ziemlich erledigt gewesen. Die Vereinsmitglieder schmiedeten schon erleichtert auf. Der so einigermaßen befriedigende Verlauf war nicht nach der Abfahrt Fronts, noch weniger noch dem Geschmack Klobingers. Dieser wagte noch eine Rüpelaktion und that es ohne sich zu bestimmen.

Er sagte vor, daß, wenn der Commerzienrat Hemper nicht sofort die Forderung bewilligen wolle, nicht bloß die Streikenden, sondern sämtliche Mitglieder des Metallarbeitervereins nach seiner Willensrichtung, ihm die Fäuste einwerfen und eine Revolte bringen sollen.

Front und Klobingers Leute gehorchten sich wie toll vor Freude über diesen Antrag und notierten in die Hände. Die Vereinsmitglieder riefen Klobinger Schmatzgeden zu, wie: „Rattl!“ „Kranz!“ „Polizeiwill!“ Ein allgemeiner Tumult brach los. Der

Die dritte Wirkung ist die zentrale Sanktion. Sie ergibt sich aus dem Verlust des Rechtes und der Fähigkeit, die eigene Macht zu erneuern. Die dritte Wirkung ist die zentrale Sanktion. Sie ergibt sich aus dem Verlust des Rechtes und der Fähigkeit, die eigene Macht zu erneuern. Die dritte Wirkung ist die zentrale Sanktion. Sie ergibt sich aus dem Verlust des Rechtes und der Fähigkeit, die eigene Macht zu erneuern.

Der neue österreichische Ministerpräsident Graf Boden hat am Dienstag unter großem Jubel aller Parteien im Kleideroth sein Programm mit hörenden Worten dargelegt. Boden verbeugte sich bei den Tschechen, denen die Regierung „volles Vertrauen“ entgegenstellt. Über auch den anderen Parteien des Kleideroths machte der Viergewordne sein Compliment. Die Regierung siehe ihnen allen gegenüber „frei“ so; d. h. es wird mit dem ganzen Häufelwerk von Interessentengruppen, von den Polen bis zu den Rerikanern und den Deutschnationalen, muntere Schachergeschäfte abschließen. „Wir führen, wir gedenken aber nicht, uns führen zu lassen,“ so erklärte Graf Boden. Die Regierung stellt den Parteien keine Leber- und Magen-Darm-Krankungen in Aussicht, um sie zum Mitgehen zu bestimmen, sie halte sich aber für verpflichtet, die „Steine des Anstoßes“ zu entfernen, an denen vielleicht die Parteien Schaden leiden könnten. Eine ernste Regierung dürfe „unruhigbare, von der Civilisation ablenkende und die Vernichtung der menschlichen Gesellschaft führende Wege nicht nur nicht betreten, sondern müsse auch den Zutritt dazu anderer befürchteten.“ Die „Regierung sei bereit, geziessen berichtigten Aspirationen (Bestrebungen) der Zeit Rechnung zu tragen“, ohne dabei „die Interessen der gesellschaftlichen Ordnung“ irgend einer Gefahr auszusetzen. Giebt es eine staatsmännischere Art, den Gegenden, die an der „Civilisation“, d. h. an der durch öffentliche Gewalt gesicherten Herrschaft des Capitale-

alismus interessirt sind, den Fortbestand ihrer Herrlichkeit zu verheissen? Der Kampf gegen den Umstutz, beliebt in den leitenden Kreisen nicht bloß jenseits der schwarzgelben Grenzfähle, wird festerlich verkündet. Den Feinden der „Ödönung“, die in Gruber capital, junkernill für und Börsenjapperei gipfelt, soll der Weg alein werder. Wozu ist denn auch die Autorität des Staates da? Über „gewissen berechtigten Aspirationen“ werden Zugeständnisse versprochen. Wer sie nicht erntet, diese „berechtigten“ Forderungen, die bei der Bourgeoisie da aufhören, wo die Klassenforderungen des Proletariats einsetzen! Dann erwirkt der neue Kocher neuen aufkeimend in Coalitionsfamilie das Hauptziel, die famose Wahlreform. In nächster Zeit werde die Regierung eine Wahlreform vorlegen. Der Entwurf sei „frei von jedweder Engbegrenzung“ und werde als Ganzes zur Annahme empfohlen werden. Bei der Feststellung des Entwurfs habe die Regierung die bisherigen Kundgebungen der Parteien des Hauses gründlich geprüft. Was das Volk in tausend Kundbringen verlangt, was die Arbeiterschaft stürmisch beansprucht hat, kümmert diese Neumalweisen nicht. Was ist eine „Wahlreform“ die Reichsrathsparteien, das Verfassungsproduct einer bis ins Mark verderbten Angelwirtschaft, die Organisation von Schlot- und Rautjunkern, von Klerus und Geldsack, denn wollen, eis jedes Kind. Sie wollen ein Messer ohne Heft und Klinge, eine nichtsmtige Verballhornung des endesten aller Wahlsysteme, das den Besitz für alle privat privilegiert und das allgemeine Wahlrecht ein für allemal ausschaltet. Freilich sagte Badeni: „Die breiten Klassenschichten sollen jedoch zu einer parlamentarischen Vertretung gelangen.“ Soll das bedeuten, daß er den Kan der fünften Curie nicht aufgenommen hat? Doch es besagt das? Hier nun werden die Lose her Ausscheidung fallen. Das arbeitende Volk Österreich wird und erkämpft sich das allgemeine Wahlrecht. Und wenn das Ministerium Badeni den Recht der österreichischen Bourgeoisie spielt, so wird es über die Linie springen, wie das Ministerium Windischhoratz.

— „Ein furchterliches Urtheil“ soll die „Wiener Arbeiterzeitung“ schreibt, der die österreichischen Soldaten gefällt worden sein, vor 5 Monaten im Handgemenge einen Wachtmeister erschlagen, der sie aufs Grausamste gepeinigt und mißhandelt hatte. Einige Monate nach dem auch uns erwähnten Vorfall hieß es, sämtliche „Teaterer“ — es war eine ganze Compagnie — seien abgebillig erschossen worden. Dies ward aber wiederum und vergangene Woche meldete man, „nur“ fünf „Teaterer“ seien zum Tode verurtheilt worden.

„Der Stellenwert und die Bedeutung des „Vorleser- und Entdecker“-Gedankens ist gewiss nicht so groß wie die Bedeutung der „Lektüre und Interpretation“-Gedanken. Aber es kann nicht bestreit werden, daß sie ebenso wichtig sind.“

Die Frage der Wahlrechtsreform in Schweden beschäftigt immer weitere Reise. Nach dem großen „Vollrechtsfrage“ von 1893, der sich aus 120 recht gewählten Vertretern von 150,000 stimmberechtigten schwedischen Bürgern zusammensetzte, sah sich die Regierung genötigt, eine Untersuchung über die Wirkungen einer eventuellen Ausdehnung des Wahlrechts zu veranstalten. Der Organisator jenes Vollrechtsfrages, Dr. David Bergström, wurde in demselben Jahr von einem radikalen Stockholmer Kreise in den „gesetzlichen“ Reichstag gemahlt, wo er durch Interpellation der Verschleppung jener Untersuchung vorzubeugen gesucht hat. Die Ergebnisse sind dieser Tage veröffentlicht worden. Die ganze Untersuchung war von vornherein sehr beschränkt. Außer den jetzt stimmberechtigten 307,719 Personen, von denen jedoch noch 25,000 bis 30,000 abgerechnet werden müssen, weil sie ihren direkten staatlichen oder kommunalen Steuern in einer der letzten sechs bis zehn Jahre nicht bezahlt haben, sind nur 179,918 Nichtstimmberechtigte berücksichtigt worden, während die männliche Bevölkerung Schwedens über 21 Jahre mehr als 1,200,000 beträgt. Die ganze große Masse der Landarbeiter und ländlichen Parzellenpächter ist also von der Regierung im Vorarbeiten unter diejenigen gerechnet worden, welche kein Stimmrecht erhalten sollen. Die Untersuchung zeigt nun, daß wenn die Altersgrenze von 21 auf 25 Jahre erhöht werden würde, 4867 der jetzigen Wähler ihr Stimmrecht verlieren würden, und von den gegenwärtig Nichtstimmberechtigten sogar 9552. Würde die Regierung die politische Mündigkeit erst bei 30 Jahren anfangen lassen wollen, so würden unter den jetzt Stimmberechtigten 10,000 abgerechnet werden müssen.

berechtigten nicht weniger als 23,775 gestrichen werden von der anderen Kategorie aber 28,346. Allein würde die Zahl der neu hinzutretenden Wähler, man auf 179,000 berechnet, durch „den Sinn der bezahlten Steuern“, wie der politische Fachausdruck Schweden lautet, noch stärker als die jetzt Stimmberechtigten geschränkt werden, insbesondere in den Bezirken mit vielen Lohnarbeitern. Dazu käme, daß die im großen Vermögen allein beherrschten kommunalen Hörden unbehagliche Wählermassen fast nach Belieben manipulieren könnten. Im demokratischen Lande hält man daher die erwähnte Art der Ausdehnung des Stimmrechtes für durchaus unannehmbar und kann jetzt alle Kräfte um den nächsten Volksreichstag, der Frühling 1896 zusammen treten soll, so großartig wie möglich zu gestalten. Im August und im September hat eine systematische Geldsammlung für jenen Zweck stattgefunden, und etwa 20,000 bis 30,000 opferfreudige Anhänger des allgemeinen Stimmrechtes haben jede Einnahme eines Arbeitstages hergegeben, so daß Organisatoren des Volksreichstages bereits gegen 50,000 Kronen in Händen haben. Die Stockholmer Socialisten haben allein mehr als 10,000 Kronen gesammelt — eine nach schwedischen Verhältnissen politische Zwecke sehr bedeutende Summe. In nächsten Tagen wird der von Radikalen und Socialisten gemeinsam unterzeichnete Aufruf zur Wahl von Delegierten zum Volksreichstage ergehen. Die Wahlen sollen zwischen Weihnachten und dem 6. Januar vorgenommen werden.

Gegenüber dem cubanischen Aufstande spielen die Vereinigten Staaten von Nordamerika immer in die Rolle des Begünstigers. Den Spaniern ist berühmtestlangst davor, daß eines schönen Tages offiziell von Washington aus die cubanischen Aufständischen kriegsführende Machi anerkannt werden. Man bereichert auch schon in Spanien auf die Eventualität eines ernstlichen Conflictes mit Amerika vor. Darauf beruht der Umstand hin, daß der spanische Marineminister ernstlich mit dem Gedanken umgeht, 16 große Dreadnoughts der transatlantischen Gesellschaft für Kriegszwecke zu armieren. Andererseits verlautet, daß in Arsenalen Nordamerikas sieberhaft gearbeitet wird, und zwar soll ein großes Geschwader zusammengezogen werden, um getrennt der Monroe-Doctrin einer etwa bewaffneten Intervention Englands gegenüber zu begegnen. Thatsache ist, daß man in Spanien aus mißstrauisch gegen die offiziellen Erklärungen der Vereinigten Staaten geworden ist. Neuerdings hat wieder der Madrider amerikanische Gesandte den spanischen Minister des Auswärtigen verhört,

Letzte beiden Tagen. Mit sehr alten und ausgetretenen
und blutigen Händen ergriff eine Truppe bei der
Platzrede 20000 der „Republik“, auf Würdigung des von
seiner Exzellenz empfohlenen als Wahrheit erachteten,
doch die Kubaner bis dorthin Glaubten, um seine
Vollkommenheit zu fördern. Bei den nächsten Wahlen
die Reiseführung der cubanischen Auslandlichen als
leitende Partei vorzulagern werden. Welches heißt
es in der Meinung, daß der Congres in seiner nächsten
Sitzung darüber beschließen würde, und daß der
Präsident die Eigenschaft der cubanischen Auslandlichen
als leitende Partei anerkennen werde. Die Nachricht
rief in Madrid eine lebhafte Bewegung hervor.
— Der spanische Ministerrat hat beschlossen, drei
Torpedoboote nach Cuba zu entsenden. Der Minister-
rat beschloß ferner die verlorenen Kriegsschiffe „Reina
Regente“, „Colón“ und „Varcaytegui“ durch einen
Kreuzer und zwei Torpedojäger zu ersetzen, welche dies-
selben Namen tragen und 25 Knoten machen sollen.
Ebenso wurde der Ankauf von 1500 Mausgewehren
für Cuba beschlossen.

Parteiangeschäfte

Von der Agitation. Durch die Vertheilung eines Flugblattes, dem Anmeldezettel zur Aufnahme in die Partei beigelegt waren, haben die Wandbesitzer Parteigenossen den Mitgliederstand um ca. 200 Personen vergrößert. Auch eine Anzahl neuer Abonnenten auf das Preßorgan des Kreises wurden gewonnen.

Aus Danzig wird berichtet, daß Genosse Fochem sich bei dem Beschlusse des Breslauer Parteitages nicht beruhigen will und eine Versammlung seiner Freunde einberufen hat, in der beschlossen wurde, daß die Versammelten „Otto Fochem nach wie vor das vollste Vertrauen entgegenbringen und ihn deshalb auch für geeignet halten, Vertrauensstellungen in der Partei zu bekleiden. Dagegen erklären sie Lipinski und Berger für unwürdig, als Parteigenossen zu gelten und schließen sie aus der sozialdemokratischen Partei aus.“

Dieser Beschluß ist natürlich ohne jede Bedeutung. Es ändert an der Breslauer Entscheidung garnichts. Hoffentlich gelingt es unseren Genossen in Danzig, sich recht bald ein Versammlungslocal zu beschaffen, dann kann Sochem sein Queruleien bis zum St. Nimmecleinstag fortsetzen.

Seriötfidjeg

Bor dem Kammergericht stand Mittwoch Termin an in einem sehr interessanten, zwischen dem früheren Chefredakteur der „Kreuzzeitung“ und bekannten Parlamentarier von Mathius-Ludom (Vorgänger des Freiherrn v. Hammerstein) und einem Offizier entbraunten Prozeße. Mathius war in früheren Jahren Vormund des Offiziers gewesen, mit dem er auch verwandt war, und hatte die Beziehungen zu diesem dazu benutzt, von ihm bei einer passenden Gelegenheit 30,000 Mark Gefälligkeits-Accepte herauszulocken, welche er dann nicht einköste. Die Einlösung mußte vielmehr von dem Offizier bewerkstelligt werden, dem dies nur durch Hilfe von Verwandten, Freunden und Göntern möglich geworden war. Doch ließ sich der Herr von Mathius wenigstens zu einem notariellen, bei Nichteinhaltung der bedungenen Rückzahlungs-Raten sofort vollstreckbaren Anerkenntniß seiner Schuld herbei, ohne indessen nur im Mindesten seinen Verpflichtungen nachzukommen. Es wurde nun der Gerichtsvollzieher gegen ihn mobil gemacht, der aber auch keinen greifbaren Erfolg gegen ihn zu eringen vermochte. Alle Executionen blieben durchaus fruchtlos. Da nun aber der Herr v. M. auch der Aufforderung zur Leistung des Offenbarungseides nicht Folge leistete, wurde seine Verhaftung durch den Gerichtsvollzieher verfügt, doch hat er sich dieser Verhaftung noch bis heute immer geschickt zu entziehen gewußt. Dagegen lagte er nun gegen den Offizier mit dem Antrage, denselben zu verurtheilen, anzuerkennen, daß er aus dem seiner Zeit von dem Herrn v. M. ausgestellten Anerkenntniß keine Rechte gegen denselben verleiten könne. In einer Instanz mit seiner Klage unter Hinweis auf seine ausdrücklichen notariell beglaubigten Erklärungen abgewiesen, legte er Berufung bei dem Kammergericht ein, welches beschloß, den Parteien noch eine kurze Frist zur Einigung zu lassen und event. erst dann in die weitere Verhandlung dieses Prozesses einzutreten, der sehr interessante Bilder entrollt hat. — Wie der Berichterstatter hinzufügt, ist nunmehr auch gegen den Herrn von Mathius ein Strafverfahren wegen Betrugs, Unterschlagung und Urkundenfälschung eingeleitet worden. — Die „Kreuzzeitung“ hat wirklich Pein mit ihren

Ein Prügelhädagsge, der Schullehrer Löhn von Harthausen, stand wegen Körperverlehung mit nachgefolgtem Tod vor dem Schmurgericht Hchingen (Hohenzollern). Als Rüchtigungsmittel bediente er sich gern eines Schlüssels und schlug damit den Schulkindern Beulen an den Kopf. Ein Schüler, welchen er ebenfalls auf diese Weise mishandelt hatte, wurde krank und starb darauf. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten als der Mißhandlung des Verstorbenen schuldig, unter Annahme mildernder Umstände, und darauf verurteilte der Gerichtshof den Angeklagten zu 2 Jahren (D. Hofgericht).

zu 3 Wochen (1) Gefängnis.
Vor de « Judiciale » Geigericht in Amiens hat sich ein Auftritt abgespielt, wie er in Paris nicht selte. Voraus kommt. Auf die Frage des Vorsitzenden an einen wegen Landstreichelei angelagten Gefangenen über Namen und Stand antwortete der Häftling kurz: Ich heiße Antoine und Ihr alle seid Sch Die großen Spießruten ließt Ihr laufen und die kleinen saugt Ihr. Wenn ich Stobespiele wäre, so ließ ich Euch allen die Hälse abschnüren. Das Gericht verurtheilte ihn fünf zu einer

Wir kennen die Richter in Amiens nicht, können daher nicht wissen, ob deren Meintheitung hump den Anordnungen berechtigt ist.

57 57 57

57

57

57

57

57

57

57

57

Complett Anzeige in einer Stoffseite und nur reeller Ausdruckung empfiehlt sich billiger als Heberall.

Herren-Garderobe. Eduard Freund

57, Neuscheffstraße 57, Ecke Hinterhäuser.

57 57

Stadt-Theater.Freitag:
"Die weiße Dame".
Sonnabend:
"Wallfahrt".**Lobe-Theater.**Freitag:
"Der Zugendwächter".
"Großer Teigt".
Sonnabend Nachmittag 4 Uhr:
Schüler-Vorstellung zu kleinen Preisen.
"Der Widerstandigen Räuberin".
Parquet, Parquet und Orchesterlogen,
sowie 1. Rang i. Mark. 11.
Rang 75 Pf., Sitzgallerie 40 Pf.
Stieghäuserle 20 Pf.
Abends: Zum ersten Male:
"Der Muttertag".
Bons ungültig. — Parquet 2,50 Mr.**Interims-Theater**Tivoli.
Direction: Max Weidlich.
Freitag und Sonnabend:
Zum freien Kommando.**Victoria - Theater.**

(Gesammt-Satir).

Budapester Possem-Theater.

Anfang des Concerts 7 Uhr.

der Vorstellung 7½.

Harmonie

Gieslstraße 27.

Sägeln:

Große Räntner - Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Circus G. Schumann.Circus G. Schumann
Friedrich-Wilhelm-Strasse 57.
Freitag, den 25. October
Abends 7½ Uhr:**2. Clown- und Komiker-Vorstellung.**

Ironischen, reichhaltiges Programm.

CLOWN POLEY

als Theatervorsteher.

Die

Non-plus-ultra Riesendame,
der Circus Edward z. Bojanowski,
zufolge sämtlicher
Sänger und Tänzerinnen
Zum Schlüsse:
Der Song als Aufreiter.
Alles höhere die Zuschauer
Zettel.**Max Tröldner.**

Friedrich-Wilhelm-Strasse 57.

Straußwolle,

Normalwäsché,

Toden — Strümpfe,

Arbeits-Hemden,

Handschuhe,

Kinderhöschen,

Sledinen u. Mützen,

Corsets,**Regenschirme****Max Tröldner**

Friedrich-Wilhelm-Strasse 57.



Ludwig Herz. Blücherplatz 4 neb. d. Moh en-Apotheke

Die dem Uhrmacher Herrn
Lust zugefügte Beleidigung
nehme ich nach einem herbei-
geföhrt Vergleich zurück und
leiste Abhilfe.

Soeben erschien:

Protokollüber die
Verhandlungen des Partaltages
derSozialdemokratischen Partei
Deutschlands

abgehalten zu Breslau

vom 6.—12. Oktober 1895.

Preis 30 Pf.

zu bezahlen durch alle Colporteur.

A. Czerner.**Sünftiger Gelegenheitskauf**

Von neuen u. gebr. guten Möbeln in
Rustbaum, imit. u. hell, ganz e Ausstattung
sowie einzelne sehr solid aber fest. Preisen.
Auch Einricht. für Laden u. Comptoir
Goldene Radegasse 8. E. 15

Danachst

Stiefelein u. Gamaschenkaufst man am redesten
und billigsten nur bei**Adolf Gottwald**

Vollslieferant 4060

Neumarkt 44.

Röbel, Spiegel, Bettwaren,

Regale, Tisch- u. Uhren,

Leopide, Bildern u.

kaufst man spottbillig

nur bei

32

Gerstel,**9 Matthiasstr. 9,**

Auctions-Ecc. I.

gegenüber dem Gespenke.

Cigarrenzu den besten Qualitäten und jener
Sorte die am günstigsten

3974

C. Koppatz,**Kurze Gasse 76.****Centet-Märkte-****Hüte**

zu bester und billiger nur in der

Hut-Fabrik

Schmiedehütte

19

nach der Sonnen-
und Regen-

Zeitung

20



4 Mk. Mädchen-Gamaschen 2,75 Mk. Kinderschuhe, gefüllt 1. 50 Pf. an

Paul Quitt, Schuhmachermeister.

Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 1. 3864

Einricht: mein großes Lager selbstgesetzter

dauerhafter Schuhwaaren

für Herren, Damen und Kinder.

Herren - Gamaschen 6,50 Mk.. Damen - Gamaschen

4 Mk.. Mädchen-Gamaschen 2,75 Mk.. Kinderschuhe, gefüllt 1. 50 Pf. an

Größte Auswahl

über 1000 Stück

Damen- und Kinder-Kapotter

aus Plüschi, Sammet, Tuch, Wolle.

Durch Massenfabrikation spottbillig, von 75 Pf. an,

garantierte und ungarantierte Hüte,**Kopf-, Taillen-, Halstücher,**

sabelhaft billig, von 25 Pf. an.

Ständiges, gut sortiertes Lager von Trauer-Hüten.

Modernisierungen bereitwilligst.

W. Kupper, Special-Haus für Damendrap.

32 Gräbschenerstraße 32, zwischen Holstei- und Friedrichstraße.

Bei Einkauf bitte, sich auf diese Annonce zu beziehen, wo besondere Vortheile gewährt.

Gründungs-Anzeige!

— Sonnabend, den 26. October —

eröffne ich
Friedrich-Wilhelm-Strasse 30 b
ein**Poßamenten-,
Kurz-, Weiß- und Wollwaaren-Geschäft.**

Einzelverkauf zu Großistenpreisen.

Hochachtungsvoll

Eugen Lubowski

Friedrich-Wilhelm-Strasse 30 b.

**Jaquettes, Kostume,
Kleiderstoffe**kaufst man zu
erstaunlich billigen Preisen
bei**H. Silberstein**Bitte die
Schaufenster
zu beachten!
Bitte die
Schaufenster
zu beachten!

Gute Schwarzfische.

Beilage zu Nr. 251 der „Völkswacht“.

Freitag, den 25. October 1895.

Statistik der Handweber in Sössen.

Herr Dr. Carl von Pfeiffer

(Editor)

Eine andere Unterscheidung der Handweber ist die nach der Frage, ob der Weber selbstständig arbeitet und, sozusagen, Meister ist, oder ob er ein Gehilfe ist. Zu den Gehilfen werden auch in dem vorliegenden Falle die Ehefrauen und die webenden Hauskinder über 14 Jahre gerechnet. Die Entwicklung ist die folgende:

	1871	1876	1881	1886	1892	1893	1894	1895	p.Ct.
Meister	8093	7730	6595	7391	4342	4462	4319	4026	50,3
Gehilfen	7233	6317	5157	5487	3316	3245	3304	3536	51

Diese Zahlen vertheilen sich wie folgt:

	1871	1876	1881	1886	1892	1893	1894	1895	p.Ct.
Reichenbach:									
Meister	4183	3886	3904	3530	2102	2348	2175	1958	53,2
Gehilfen	3143	2848	2678	2270	1678	1410	1507	1601	47,2
Schweidnitz:									
Meister	1521	1506	1294	1850	807	718	755	706	53,6
Gehilfen	132	1549	1372	1886	662	704	796	880	33,4
Waldeburg:									
Meister	2389	2238	1397	2011	1433	1396	1379	1362	43
Gehilfen	2769	1920	1107	1331	976	1131	1091	965	65,25

Z. diesen Zahlen ist zu bemerken, daß sich diejenigen der Jahre 1894 und 1895 auf die Hausweber und Werkstattweber beziehen, während in den Jahren vorher nur die Hausweber bei dieser Unterscheidung genannt sind. Die Gesamtzahl für 1894 ist also um 115 zu groß, für 1895 um 129.

Das Verhältnis der Anzahl der Meister zu den Gehilfen läßt gar keine Regelmäßigkeit erkennen. Bald ist die Anzahl der Gehilfen größer als die der Meister, bald stehen sich beide Gruppen ungefähr gleich gegenüber, bald ist die Anzahl der Gehilfen kleiner als die der Meister. Im Allgemeinen ist zu constatiren, daß die Anzahl der Gehilfen in größeren Prozentsätzen abgenommen hat als die der Meister; eine Ausnahme macht der Kreis Schweidnitz. Der regellose Wechsel in dem Zahlenverhältnis der Meister zu den Gesellen ist vor Allem erklärlich aus den rasch wechselnden hauswirtschaftlichen Beziehungen der Kinder zu den Eltern.

Bei der Beurtheilung dieses Verhältnisses ist auch von großer Bedeutung die Frage der Nebenbeschäftigung. Hier bietet uns die Statistik der Schweidnitzer Handelskammer leider nur wenig. Es wird lediglich die Zahl derjenigen, welche sich auch mit anderen Erwerbsthätigkeiten als mit Weberei und Spulerei beschäftigen, angegeben. Auch hierbei zählen die Angaben für 1894 und 1895 die Handweber; das Bild der Entwicklung wird daher verwischt.

	1871	1876	1881	1886	1892	1893	1894	1895	p.Ct.
Ohne Nebengewerbe	13,065	13,316	9868	11,218	6272	5835	5858	5896	54,9
Mit Nebengewerbe	2261	731	1884	1660	1386	1872	1815	1666	20,3

Auf die einzelnen Kreise vertheilen sich diese Ziffern folgendermaßen:

	1871	1876	1881	1886	1892	1893	1894	1895	p.Ct.
Reichenbach:									
Ohne Nebengewerbe	6613	6327	5791	5021	3168	2984	2984	2958	55,3
Mit Nebengewerbe	713	407	791	779	612	774	698	661	7,5
Schweidnitz:									
Ohne Nebengewerbe	2070	2858	2309	3465	1158	98	1058	1207	41,6
Mit Nebengewerbe	772	297	357	271	311	440	493	369	52,2
Waldeburg:									
Ohne Nebengewerbe	4382	4131	1768	2732	1946	1869	1846	1731	60,5
Mit Nebengewerbe	776	27	736	610	463	658	624	626	20

Die Abnahme der Weber mit Nebenerwerb (20,3 p.Ct.) ist also bedeutend geringer als die der Weber ohne Nebenerwerb (54,9 p.Ct.); auch hierbei ist die Vertheilung auf die drei Kreise eine sehr verschiedene:

Der geringste Prozentsatz des Rückgangs der Weber mit Nebenbeschäftigung im Kreise Reichenbach (7,5 p.Ct.) und der gegen diese Zahl außerordentlich große Rückgang im Kreise Schweidnitz (52,2 p.Ct.). Sehr auffallend ist die geringe Anzahl der Weber mit Nebenbeschäftigung in der Statistik des Jahres 1876.

Mit diesen Angaben sind die socialpolitischen

Interessen der Weber bestimmt Statistik aufgebaut*) Eine einkommensvertheilte Vertheilung der Weber auf die verschiedenen Fabrikate (baumwolliert, leinene, halbfirne, weisse, halbfirne Gewebe) ist für unsere Zwecke ohne Bedeutung.

Es wäre noch die Frage zu beantworten, in welchen Prozentsätzen vertheilen sich die Handweber auf die Gesamtbevölkerung der drei Kreise. Wie wollen wir nur die Verlezung von 1890 benutzen. Der Kreis Schweidnitz umfasste am 1. December 1890 auf 590,57 qkm 96,023 Einwohner und es kamen, wenn wir von der 14,41 qkm und 24,725 Einwohner umfassenden Stadt Schweidnitz absehen, auf 1 qkm 123,81 Einwohner. Wenn wir von den 3 Jahren 1892, 1893, 1894 die Durchschnittszahl der Handweber, also 148, nehmen, so bildeten die Handweber 1,51 p.Ct. der Gesamtbevölkerung des Schweidnitzer Kreises. Im Kreise Reichenbach dagegen, welcher auf 362,44 qkm 67,957 Einwohner (also 187,71 auf 1 qkm) steht, betrug die entsprechende Durchschnittszahl 5,5 p.Ct. und im Kreise Waldeburg (377,62 qkm mit 122,972 Einwohnern, also 325,65 per qkm) 2 p.Ct. der Gesamtbevölkerung.

Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß die Statistik der Schweidnitzer Handelskammer von großem Interesse und bedeutend reichhaltiger ist, als die der Handelskammern zu Hirschberg und Lauban, welche nur die Anzahl der Handwebstühle und der Weber angeben (die Handelskammer zu Landshut gibt für die letzten Jahre gar keine diesbezügliche Statistik), so ist die Schweidnitzer Statistik doch nicht reichhaltig genug, um ein klares Bild der Lage der Handweberei zu geben. Sie bedarf nothwendiger, allerdings schwer zu erlangender Ergänzungen, wenn sie einen Werth für die Socialpolitik besitzen soll. Für die Erkenntnis der Nebenbeschäftigung wäre eine statistische Darstellung darüber erwünscht, ob das Nebengewerbe stets ausgeübt wird oder nur in den Zetteln, in denen nicht am Webstuhl gearbeitet wird. Ferner müßte die Art der Nebenbeschäftigung: landwirtschaftliche oder gewerbliche (mit Spezifizierung) angegeben werden, ebenso die Altersgruppen der Weber mit oder ohne Nebenbeschäftigung. Auch für die Unterscheidung in Meister und Gehilfen müßten Altersgruppen angegeben werden. Eine Statistik der Löhne ist kaum zu empfehlen. Würden sogenannte Durchschnittslöhne genommen, so wäre das ohne Werth; würde eine fortlaufende Statistik gefordert, so würde dies eine unendliche Mühe verursachen, welche sowohl bei dem Fabrikanten, wie bei den Weibern selbst auf große Schwierigkeiten stoßen würde, und schließlich würde die Arbeit doch noch sehr mangelhaft bleiben. Eine Unterscheidung der Verheiratheten und Unverheiratheten hingegen wäre leicht in die Statistik einzufügen, nicht allein bei der Unterscheidung des Alters, sondern auch bei denjenigen der Gehilfen und der Meister, sowie der Weber mit oder ohne Nebenbeschäftigung.

Mit einer fortlaufenden Jahresstatistik nach diesen geringsten Anforderungen würde schon ein sehr gutes Material geschaffen werden, zumal wenn nicht allein die Schweidnitzer Handelskammer, sondern auch die in Landshut, Hirschberg, Lauban und Liegnitz eine solche Statistik in ihren Jahresberichten darbieten würden. Dieses Material wäre die erste Grundlage für eingehende Untersuchungen wissenschaftlicher Art. In solche wissenschaftliche, periodische Untersuchungen würden nicht immer hinsichtlich der Ausführlichkeit Anforderungen gestellt werden, wie sie in der oben erwähnten Arbeit von Kärtner zur Ausführung gelangt sind, sondern es würden auch Arbeiten mehr in der Form der statistischen Darstellung genügen. Es sei hier erwähnt die Arbeit: Untersuchungen über das Einkommen und die Lebenshaltung der Handweber im Bezirke der Amtshauptmannschaft Bittau, von Amtshauptmann von Schlieben (Heft III und IV der Zeitschrift des Königl. Sachsischen Statistischen Bureaus, 1885). Solcher Art sind directe Vorarbeiten für die Gesetzgebung, während die ausführlichen wissenschaftlichen Darstellungen in der Art der Beschreibung gehalten, leider nicht gerade häufig in die höheren Kreise der Politik und der Regierung Eingang finden.

M. Kriels.

* Der Jahresbericht der Handelskammer zu Schweidnitz für 1894, Seite 11—13, bringt eine interessante Darstellung der aus Staatsmitteln den Handwebern zur Besetzung ihrer Läge gewährten Unterstützungen.

Sociale.

Breslau, den 25. October 1895

* **Stadtverordneten-Versammlung.** Die wichtigste Vorlage, über die in der gestrigen Sitzung des Vorsitzenden verhandelt wurde, betrifft die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweise-Bureaus. Die Sache ist von uns bereits mehrfach behandelt worden, so daß wir uns heut darauf beschränken können, aber die Behandlung der Frage seitens der Stadtväter zu berichten. Die Aufnahme der Vorlage in der Stadtverordneten-Versammlung ließ nun zunächst nichts zu wünschen übrig, und wenn auch in manchen Punkten die Kritik einsegte, so muß doch constatirt werden, daß sich wider Erwarten keiner der Redner gegen die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweise wandte. Und das will viel sagen! Ja, gleich der Referent, Stadtv. Gr. und, bewirkte die Erhebung einer Gebühr, selbst wenn sie noch so niedrig ist, als einen großen Fehler, den man nicht begehen dürfe, wenn die geplante Institution segensreich wirken soll. Im Übrigen hielt es der Redner für zweckmäßig, die Vorlage zur Beratung an den Wahl- und Verfassungs-Ausschuß zu überweisen.

Auf das, was der erste Discussionsredner, der bekannte Obermeister der Bäckerinnung, Herr Prüssog, vorbringen würde, konnte man gespannt sein. Er beschränkte sich aber hauptsächlich darauf, entgegen der Ansicht des Magistrats, zu behaupten, daß die stehenden Arbeitsnachweise der Innungen sehr gut funktionierten.

Wenn der nächste Redner, Herr Görlich, die Frage anregte, ob nicht der Arbeitsnachweis in eine gewisse organische Verbindung mit der Armenpflege gebracht werden müsse, so können wir nur sagen, daß von dem Augenblick an, wo dies geschehe, das Arbeitsnachweise-Bureau demselben Schicksal verfälle, wie der Arbeitsnachweis, der im Jahre 1846 in Breslau unter Auseinandersetzung an die Armenpflege errichtet, schon nach wenigen Jahren zu Grunde ging, weil ihn kein Mensch in Anspruch nahm.

Stadtv. Wagnet erachtete es für sehr wünschenswerth, die geplante Einrichtung an schon bestehende und auch in Breslau wirkende Institutionen ähnlicher Art anzugegliedern. Gegen eine Gebühr hat Redner nichts einzuwenden, wichtig aber wäre die Trennung des Arbeitsnachweises männlicher und weiblicher Arbeiter und die Anstellung weiblicher Inspectoren.

Stadtv. Simon I., der sich zwar nicht gegen die Errichtung des Arbeitsnachweise-Bureaus aussprach, glaubte doch Veranlassung nehmen zu müssen, vor allzu großen Illusionen zu warnen. Herr Simon kann sich beruhigen. Unter denen, die sich in dieser Angelegenheit Illusionen hingeben, befinden sich die Arbeiter nicht. Sie erkennen an, daß man endlich bemüht ist, auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung eine Centralisation herbeizuführen, aber sie sind nicht der Ansicht, daß mit der Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes auch nur eine Arbeitsgelegenheit mehr geschaffen und damit der Mosh und dem Elend gesteuert werden könnte. Das ist auch dem besten Arbeitsnachweis nicht möglich! — Der genannte Herr plaidirte im Weiteren für die Unentgeltlichkeit der Arbeitsvermittlung, da es wenig gerecht erscheine, gerade den schwächsten Theil zu belasten; ferner meinte Herr Simon, daß die gelernten Arbeiter den städtischen Arbeitsnachweis nicht benutzen, sondern es auch dann vorziehen würden, sich mittels des Umschauens die nötige Arbeitsgelegenheit zu suchen. Trotzdem möge man aber einen Versuch mit der Vorlage machen.

Stadtv. Heilberg bemerkte, daß in der ersten Zeit des Bestehens des Arbeitsnachweises die gelernten Arbeiter allerdings die bestehenden Organisationen, wie Innungen und Gewerkschaften, vorziehen würden, aber mit der Zeit werden auch diese Arbeiter Vertrauen zu der neuen Einrichtung gewinnen. Die Gebühr würde auch dieser Redner fallen zu lassen, denn gerade durch sie könnte der Glaube hervorgerufen werden, daß das mit einer Verpflichtung, Arbeit zu schaffen, erkauf wird. Bei Streiks oder Aussperrungen ist es nach Herrn Heilbergs Ansicht gerecht, wenn der Arbeitsnachweis weiter funktioniert.

Hierauf nahm das Wort Stadtrath Möll, erklärend, daß die geplante Einrichtung keinerlei Verbindung mit dem Armenwesen haben soll. Wenn die Versammlung gegen die Erhebung einer Gebühr stimme, würde die Vorlage, soweit er die Zuständigkeiten des Magistrats kennt, nicht scheitern. Hinsichtlich der Streiks

und Wiederholungen patrat der Verteidiger natürlich den Hauptpunkt des Planchettes, der vom Arbeitsausschuss bestimmt als "neutral" bezeichnet wurde, so während Schriftsteller seine Zuhörer nicht erfuhr.

Mit einem kurzen Schlußwort des Referenten wurde die Vorlage dem Wahl- und Verfassungsausschuß überwiesen.

Um von der Verabsiedlung noch erledigten Vorlagen und minder wichtiger Natur, zu erwähnen ist der Wunsch, daß die Menschenlaura wie vorher bei Beendigung des Schlußdichtes eingeholt werden soll, damit auch in Zukunft Dresden in den wenigen Tagen, ehe, in denen ein wichtiges Rahmenmittel nicht vertrieben vertheilt wird. Die Sitzung wurde nach 7 Uhr geschlossen.

* **Die Verfolgung von Bekleidigungen**, wie man sie zu Zeit besonders gegen Socialdemokraten betreibt, wird selbst bürgerlichen Männern zu hant und sie warnen die Mädelaber, auf diesem Pfade weiter zu wenden, weil sie damit die Schaden der Socialdemokratie nur verstärken. So schreibt die "Dresdner Zeitung":

"Man darf behaupten, daß die Zahl der Bekleidigungsprozesse im umgekehrten Verhältnisse zu der Stärke einer Regierung steht. Eine Staatsleitung, die sich auf ihre gute Seele verläßt kann, hat nicht nötig, fortwährend die Gerichte anzuwünschen, um ihre Gegner zu bestrafen und wenigstens gezwungen, unschuldig zu machen. Allerdings hat das amtliche Organ der deutsch-conservativen Partei längst den Schluß ausgesprochen, daß man die Socialdemokratie nicht mit denselben Maßen mißt wie eine andere Partei, auch nicht vor Gericht. Das heißt also, daß die Gerechtigkeit die Binden von den Augen nehmen und unrechte nach Anssehen der Person und der Partei. So weit ist man im Deutschen Reich schon in Folge der illegalen Verhetzung der Parteien gekommen, daß ein solcher Schluß überhaupt ausgesprochen werden kann, ohne der allseitigen Verurteilung zu verfallen und von den Parteigenossen ihrer Urheber gebrauchsmäßig zu werden. Der Richter soll über den Parteien stehen. Er hat unseres Erachtens weder die Befugnis noch den Verlust, einen Angeklagten nach seiner politischen Parteistellung zu befragen. Er hat die Aufgabe, sich selbst vor politischer Leidenschaftlichkeit und Verfolgungssucht zu wahren, indem er gerade dem politischen Gegner ein besonders reiches Maß von Vorsicht, von Unparteilichkeit, von Billigkeit entgegenbringt. Ein Richter, der eine Strafhaft an dem einen um destwillen, weil er Socialdemokrat ist, härter abhanden wollte als an dem Andern, gehörte unseres Erachtens nicht auf den Richterstuhl, sondern in das Gefängnis; denn er verletzt den ursprünglichsten Grundsatz des Staateslebens, er verleugnet das gleiche Recht für Alle. Was aber soll die öffentliche Meinung zu der Unmaße von Verhörfolgerungen sagen, wenn in einer feierlichen Kundgebung in einem einzigen Falle das Staatsministerium ausspricht, es sei unter der Würde der Regierung, eine solche Verfolgung einzuleiten?"

Nun, was Dresden betrifft, so sind hier die Bekleidigungsprozesse an der Taxiziehung; innerhalb weniger Wochen ist unser verantwortlicher Redakteur abgesessen von der erst jüngst erfolgten Verurteilung wegen Majestätsbeleidigung, mehr als ein halbes Dutzend mal vom Untersuchungsrichter in Bekleidungssachen vernommen worden. Bedeutet man ferner, daß auch die Geissen Liebknecht und Singer aus Anlaß ihrer Tätigkeit auf dem Parteiaar eine Anklage wegen Bekleidigung zu gemärtieren haben, so muß man wirklich sagen, daß hier in der Verfolgung der Socialdemokraten wegen Bekleidigung wirklich das Mögliche geleistet wird.

* **Der Landwirtschaftsminister** Freiherr von Hammerstein-Lorten empfahl gestern auf einem ihm zu Ehren in Ruitor veranstalteten Festessen die "kleinen Mittel", während er die beiden großen Mittel höchst aber entchieden ablehnte. Der Minister möchte zuerst den Agrarbau ein Zugeständnis, indem er die besondere Notlässe der Landwirtschaft in den Überprovinzen erlaubte, wendete sich dann aber gegen die agrarischen Handfordertungen. Der Kriegskanzler würde der deutschen Landwirtschaft, speciell im Osten, die erhofften Vortheile höchst bringen. Das Sünden des Silbergutes sei eine ernste Gefahr; die Staatsregierung erwäge schon Mittel, dieser Gefahr zu begegnen. Der einzige Umstand, bes. jeglichen Nutzen für uns wäre die Betriebsnoten der Wirtschaft tragen; es sei zweifelhaft, ob er derselben Vortheile bringen würde. Das nächste Bild sei, mit einer Reihe einzelner Maßregeln eine Besserung für die Landwirtschaft herbeizuführen. Die Agrararbeiter Brösow werden durch die Siede des preußischen Landwirtschaftsministers nicht unbedingt erfreut sein.

* **Der Hausesatz auf der Hubenstraße**, bei dem im Juni d. J. der Arbeiter und der Betriebsnehmer ihr Leben einbüßten und sicher gestorbene Arbeitnehmer nicht ohne wesige Gewaltverhältnisse beworben, hatte am Dienstag vor der Großen Stadtkammer ein gerichtliches Nachspiel. Wie berichtet wird, war ein hiesiger Architekt, der die Beweinung gefertigt und dieselbe als verantwortlicher Bauleiter unter-

zeichnet hatte, angetreten wegen Geschäftseintritts. Die Sitzung allgemein unbekannter Regeln der Regierung sowie wegen Inhaftierung Töchter und Entfernung Abgeordneterlegung. Der Richter teilte sich jedoch nicht aus, daß der Angeklagte vor dem H. H. H. tatsächlich an der Beweinung beteiligt gewesen sei, und sprach ihm frei. Der Staatsanwalt hatte einen Monat Haftstrafe beantragt.

* **Der Rückzug von Metz** findet in diesem Jahre am 20. November statt. Der Tag wird in Deutschland, wie Ausnahme jeder Feierlichkeit

gleichzeitig eine befehlende Befreiung, die für das Jahr kommen, die für das Jahr 1896 zur Wiederburg kommen, haben einen hellblauen Unterdruck.

* **Verhandlung unbestellbarer Postsendungen**. Nach einer vom Reichspostamt vom 18. October d. J. erlassenen Verfügung (Nachtrag zur Postordnung § 45 Abschnitt IV) darf etwaigen Anträgen der Postbeamten auf natürliche Zuständigung oder Nachsendung bereits als unbestellbar gemeldeter Packete mit oder ohne Nachnahme nicht entgegengeworben werden. Sobald eine Unbestellbarkeitsmeldung obegang ist, hat die Bestimmungswertigkeit des Packetes lediglich die Benachrichtigung der Ausgabepostanstalt darüber abzuwarten, ob und welche Benennung der Waren er auf Grund der Unbestellbarkeitsmeldung getroffen hat.

* **Stadt-Theater**. Freitag kommt Volkskunstkomische Oper "Die weiße Dame" zur Wiederholung. Am Sonnabend geht Richard Wagners "Die Walküre" in Szene.

* **Vobe-Theater**. Freitag findet die letzte Doppelvorstellung von "Der Tugendwächter" und "Gräfin Fräulein" statt. Der Anfang ist auf präzise 7 Uhr angelegt. Am Sonnabend Nachmittag 4 Uhr wird die zweite Schüler-Vorstellung zu kleinen Preisen gegeben; zur Aufführung gelangt "Der Widerspenstigen Zähmung" in der Originalbesetzung. Der Vorverkauf zu dieser Nachmittagsvorstellung erfolgt nur an der Kasse des Vobe-Theaters von 11 bis 1 Uhr. Abends geht zum ersten Male die Lustspiel-Robität "Der Militärstaat" in Szene.

* **Zentral-Theater (Tivoli)**. Freitag und Sonnabend wird das Schäfer'sche Culturbild "Im freien Commando" wiederholt. Bons haben Gültigkeit. Wir wollen nicht versiehen, unsere Leute auf das heutige, in Szene gehende Theaterstück "Im freien Commando" von Berthold Schäfer, besonders auflaufen zu machen. Das Stück spielt in Sibirien und schildert uns die Leiden und Drangsalierungen der aus Russland Verbannen. Herr Director Weidlich hat mit diesem Stück ganz gewiß einen guten Griff gethan, denn es steht zu erwarten, daß es sobald vom Repertoire nicht verschwinden wird. Wir werden über dieses Culturbild, das uns die Schrecken einer despottischen Regierung in seiner Radikalität entzückt, eine ausführlichere Recension bringen.

* **Thalia-Theater**. Sonntag Nachmittags 4 Uhr wird als Schüler-Vorstellung bei kleinen Preisen eine Wiederholung des Gaschspiels des Herrn R. Junne mit seinen so witzig aufgenommenen Dissohding-Bows (Medebilder) stattfinden: Abends gelingt Adolf L'Arronges beliebtes Volkstück "Haarmanns Tochter" zur Aufführung. Der Billet-Vorverkauf für beide Vorstellungen findet am Sonnabend von 11 bis 3 Uhr bei z. A. Schlesinger, Königstr. 19/11 statt.

* **Concordia-Theater**. Heute, Freitag findet die letzte Wiederholung der Aufführungsparte "Die drei Grazie" von Leon Trepov statt. Sonnabend fällt die Vorstellung aus. Sonntag geht das Schauspiel "Viertorenehre" von Bohrmann zum ersten Male in Szene und hierauf die reizende Ödenbach'sche Operette "Die Verlobung bei der Taverne". Billets zu sämtlichen angeführten Vorstellungen sind täglich von 12 bis 2 Uhr im Theatervorbericht zu haben.

* **Zum Buddeuer Bosen-Theater** geht nach längerer Unterbrechung heut wieder einmal die Grüne Chorfriede "Knoboles und Clieber" in Szene.

* **Selbstmordversuch eines Soldaten**. Mittwoch Nachmittag sprang ein Unteroffizier des bayerischen Trainbataillons aus einem Fenster des dritten Stockwerkes der Kaserne 3 am Bürgerweide in den Hofraum hinab. Der Schwerverletzte wurde dem Sanatorium Lazareth gebracht. Gestohlt vor Strafe soll diese That veranlaßt haben.

* **Bermischt** wird das 16 Jahre alte Mädchen Martha Gipski, das am 18. d. J. die Wohnung seiner Eltern auf der Siebenstädter-Straße verlassen hat und nicht mehr zurückgekehrt ist. Das Mädchen ist 1,65 Meter groß, hat schwarzes Kopfhaar und trägt ein schwarzes Kleid, ein graues Jackett und einen gelben Schal.

* **Lebhaftfahren**. Am Mittwoch Abend wurde auf der Paradiesstraße ein Tropflichtzug von einem Postwagen überfahren; der Passagier wurde in einem Wagen nach seiner Wohnung auf der Gräberstraße gebracht.

* **Weg dem Polizeibezirk**. In das Polizeigefängnis wurden am 23. d. J. 43 Personen eingeliefert.

* **Gefunden wurden**: zwei Portemonnaies mit Gehalt, ein gelber Kreuz, eine goldene Damensembole, ein mit dem Monogramm E. S. ein Zeillenschlüssel, ein Goldgriffstück (Nr. 73) und ein Regenschirm. — Bei-

der 1. und 2. Versammlung der Gewerkschaften und deren geistigen Beiträgen zur Entwicklungsförderung.

Schlesien.

* **Wahl**, 22. October. Bei der Wahl liegt ein Wahlkreis mit 4 Wahlbezirken vor. Der Wahlbezirk von Görlitz besteht mit 300 Stimmen gewählt. Ein Abgeordneter ist nicht entsandt.

* **Wahl**, 24. October. Das heutige Wahlgemeindegebiet zum 1. April 1895 aufgehoben. Die Wahlen nicht an, diesen beobachteten Wählern einfach als ungesehenswert zu bezeichnen. Wenn auch viele Wähler möglichen Stimmabgabe scheitern, werden einfach den Wahlstandeslehrern zum Opfer fallen. So ist doch öffentliches Geheimnis, wie es gemacht wird: Gewöhnlich hat ein solcher Geschäftsmann in seinem Laden ein Plakat hängen mit der Aufschrift: "Dem Wählungsrecht". Und der Form nach wird auch dementsprechend gehandelt. Kommt z. B. irgend ein armer Leutnant mit einem Wahlstück, da heißt es: "Ich kaufe nur und verkaufe. Ich will Ihnen die Wahlen zu dem und dem Kreise ablaufen; es steht Ihnen jedoch frei, die Sachen bis zu dem und dem Datum zurückzulassen". Und ist der Wählervon wirklich in der glücklichen Lage, die Wahlen zurückzulassen, so muß er natürlich jeden gesorderten Preis zahlen, das heißt, es werden ihm in dieser raffinierten Weise blutige Zinsen abgepreßt! So werden durch die Aushebung des jüdischen Wahlaus, nur die Wählervon ein Geschäft machen.

* **Die Not**. Wer wohlwollen Vater der Stadt Bries, solltet Ihr thalträufig befehligen helfen, dann werden die Leibämterchor von selbst überflüssig. — Aber umgekehrt, so wie Ihr es macht, gehts nicht! — Magistraten auf! Ein kleiner Kaufmann empfiehlt im "Stadt- und Landboten":

Acht!

extra am 66.

Hilf uns deutsches Seet.

Wir würden uns nicht sonderlich wundern, wenn nächstens irgend ein geschäftskundiger Bierkästchenhändler Regierung und Regierungen feilbieten würde. O Regier, Herr der Flüthen!

* **Waldenburg**, 24. Octbr. Der Verein "zur Förderung des Wohls der arbeitenden Klassen" wird wieder einmal in bürgerlichen Blättern hiesiger Gegend außerordentlich lobend hervorgehoben. Sieht man sich die Leistungen dieses Vereines näher an, so muß man sagen, daß sie Angehörige der erbärmlichen Tage, unter welcher die Arbeiterschaft unseres Kreises zu leiden hat, wirklich sehr gering anzuschlagen, und die Zahl derer, die durch die Thätigkeit des genannten Vereins kleine Vortheile erreichen, kaum nennenswert sind. So ist es aber nicht nur hier, sondern überhaupt mit der ganzen "Wohlthätigkeit" bestellt, die in bürgerlichen Kreisen gegenüber den Arbeitern geübt wird.

* **Niederösterreichischer Stein Kohlindverbehr**. Im 3. Vierteljahr 1895 beträgt der Verband an niederschlesischen Steinkohlen einschließlich Kohles aus dem Waldenburg und Neudöder Revier 704,598½ Tonnen, gegen 702,343 Tonnen im gleichen Zeitabschnitte des Vorjahrs.

* **Autowasser**, 24. October. Eine stete Erweiterung erfordernd die elektrische Centrale. Gegenwärtig gelangt die dritte große Dynamomaschine zur Aufführung und außerdem ist eine große Akkumulatoren-Anlage im Betrieb.

* **Reichstagsabgeordneter**, Heinrich Möller sprach hier am Mittwoch, den 18. October in einer gut besuchten öffentlichen Gewerkschaftsversammlung. Er betonte in seinen Ansprechungen die Wichtigkeit einer Organisation hauptsächlich bei den Bergarbeitern und empfahl zum Schluß sich der Organisation "Deutscher Bergarbeiter-Verband" anzuschließen.

* **Wittigsdorf**, 23. October. Culturaufgaben Leiden nicht! Das sieht man auch hier, wo es äußerst möglich ist, daß endlich ein neues Schulhaus gebaut wird, da die alten Schulräume längst nicht mehr ihrem Zweck entsprechen. Die Gemeinde hat sich bisher immer gesträubt, ein neues Schulgebäude zu errichten, und wenn sie nicht dazu gezwungen wird, dürfte sie sich überhaupt nicht dazu bequemen, zur Beseitigung der vorhandenen Nebelstände etwas zu thun. — Opfer der Arbeit. Der Tischlerkind ist bei Ausübung einer Reparatur vom Dache gestürzt und hat sich dabei schreckliche Verletzungen zugezogen. Er wurde ins Krankenhaus geschafft und ist dort erfreulicherweise sein Zustand ein solcher geworden, daß Aussicht auf Genesung vorhanden ist.

* **Württemberg**, 24. October. Am Sonntag fand hier eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Heinrich Möller und der Redakteur der "Bergarbeiter-Zeitung" Otto Hue referierten. Die Versammlung war gut besucht und erledigten sich die Redner ihrer Aufgabe in der besten Weise. In der Discussion wurden die Anwesenden aufgefordert, sich dem Bergarbeiter-Verband anzuschließen, da nur durch eine starke Organisation die schlechte Lage der arbeitenden Klasse gehoben werden kann. Hoffentlich sind die Aufführungen des Redners auf fruchtbaren Boden gefallen.

* **Weißkrain**, 23. October. Am Sonnabend, den 19. d. J., fand hier eine sehr zahlreich besuchte öffentliche Versammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Heinrich Möller unter dem lebhaften Beifall der Anwesenden einen sehr lehrreichen und agitatorisch wärmenden Vortrag hielt.

* **Großenhain**, 24. October. Ein Gerüst eines neuen auf der Dynastiestraße brach gestern Vormittag zum Theil zusammen. Zwei Männer stürzten zwei Stagen hoch. Der Maurer Egala ward schwer am Kopfe verletzt. Der Maurer Gselanga an der Hand.

* **Wahl**, 24. October. Bei der heutigen Reichstagswahl im Wahlkreis Pleß-Schönfeld-Stelle des verstorbenen Gutsbesitzers Conrad (Centrum) wurden bis jetzt gezählt für d. H. 2148, für den von den Polen aufgestellten Reichsanwalt Radauskis 1398 Stimmen. Die Wahl des Barons von Huencheit gefiebert zu sein. In den Städten Sohrau, Schönau und Alberan wurden für von Huencheit 317, für Radauskis 417 Stimmen abgegeben.

